



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Nicaragua

2024

Die Repressionen, die während der Proteste im Jahr 2018 begannen, setzten sich fort. Sie beinhalteten die Auflösung zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Kriminalisierung abweichender Meinungen. Mehr als 5.000 Organisationen wurden zwischen 2018 und September 2024 geschlossen, darunter auch religiöse Gruppierungen verschiedener Konfessionen.

Hintergrund

Im Jahr 2024 veröffentlichte die UN-Menschenrechtsexpertengruppe für Nicaragua vier thematische Berichte, in denen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße an indigenen Völkern und afro-amerikanischen Gemeinschaften, Mitgliedern der katholischen Kirche und anderen christlichen Konfessionen, ländlichen Gemeinden sowie Studierenden, Lehrkräften, akademischen Verwaltungsangestellten und anderem Universitätspersonal hervorgehoben wurden. Trotz wiederholter Forderungen der internationalen Gemeinschaft an die Regierung, die Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, herrschte Straflosigkeit.

Meinungsfreiheit

Ausweisungen, der Entzug der Staatsbürgerschaft und willkürliche Inhaftierungen von Andersdenkenden setzten sich fort. Sie waren dadurch extrem verwundbar und ihre Rechte wurden verletzt. Die Behörden verhängten strenge Beschränkungen für die Medien, was die Meinungsfreiheit bedrohte. Journalist/innen waren von Tod und Verschwindenlassen bedroht. Indigene Völker waren weiterhin von Vertreibung, Verschwindenlassen und Angriffen durch regierungstreue bewaffnete Gruppen bedroht.

Im Zuge der Repressionen und der vollständigen Schließung des zivilgesellschaftlichen Raums in Nicaragua haben die Behörden weiterhin eine Repressionsstrategie umgesetzt, die von der Anwendung tödlicher Gewalt gegen Demonstranten im Jahre 2018 bis zum aktuellen willkürlichen Entzug der Staatsbürgerschaft bei Personen, die als Dissidenten gelten, reichen.

Trotz der Entlassungen aus dem Gefängnis in den Jahren 2023 und 2024 werden weiterhin viele Menschen aus politischen Gründen oder einfach wegen der Äußerungen regierungskritischer Ansichten ihrer Freiheit beraubt. Die Schikanen, Einschüchterungen und der Missbrauch des Strafrechts, die sich zuerst gegen Demonstrant/innen, Aktivist/innen, politische Gegner/innen und Journalist/innen richteten, sind auf die Gesellschaft insgesamt ausgeweitet worden und betreffen nun jeden, der als Bedrohung für die offizielle Politik oder das staatliche Narrativ wahrgenommen wird. Internationale Organisationen haben die Situation ausführlich dokumentiert und sind zu der Schlussfolgerung gelangt, dass in Nicaragua Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden.

Im Jahr 2024 haben die nicaraguanischen Behörden durchgängig den Aufbau eines Rechtsrahmens intensiviert, der repressiven Maßnahmen und Menschenrechtsverletzungen den Anschein von Legalität verleihen soll. Diese Reformen dienen nicht dem Wohl des Volkes, sondern eher der Konsolidierung des Staatsapparates, der die Menschen kontrolliert und unterdrückt, sogar über die Staatsgrenzen hinweg. Zusätzlich haben die Behörden Regulierungen eingeführt, die darauf abzielen, die Rechenschaftspflicht und die Sanktionen der internationalen Gemeinschaft zu umgehen und so ein repressives System aufrecht zu erhalten, welches die grassierende Straflosigkeit verstärkt und jeden Dissens unterdrückt.

Willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen

Die Menschenrechtsorganisation „Mechanismus zur Anerkennung politischer Gefangener in Nicaragua“ dokumentierte mindestens 151 Menschen, die im Jahr 2024 aus politischen Gründen inhaftiert waren. Am Ende des Jahres waren 45 von ihnen immer noch inhaftiert.

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte gewährte einstweilige Maßnahmen für viele der Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert waren. Das Gericht ordnete an, dass Nicaragua „die notwendigen Maßnahmen ergreifen soll, um das Leben der Inhaftierten, ihre Unversehrtheit, ihre Gesundheit, ihre angemessene Ernährung, ihren Zugang zu Trinkwasser und ihre persönliche Freiheit wirksam zu schützen“.

Vielfach wurde über Gewalt, Folter und andere Misshandlungen in Gefängnissen berichtet. Dies beinhaltete auch physische und psychische Misshandlungen durch Gefängnispersonal. Die internationale Gemeinschaft, inclusive der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte, erließ

Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz mehrerer Häftlinge, doch die Bedingungen in den Haftanstalten blieben katastrophal.

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2024/12/AMR4388342024ENGLISH.pdf>

<https://www.amnesty.org/en/location/americas/central-america-and-the-caribbean/nicaragua/report-nicaragua/>